

Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal



Erchein täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. frei ins Haus geliefert durch die Post bezogen im
nächstbesten Verfall monatlich 1.20 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Circulante Nr. 50 bei der Oberpostdirektion Baden-Baden Zweigstelle
Wildbad. — Abonnements: Jahresabonnement 12 RM. Halbjahresabonnement 6 RM. — Postfachnummer 29174 E. Postamt
Wildbad. — Im Anzeigenpreis ist die stündliche 16 mm breite Rücknummer 4 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellenangebote
8 Pf.; im Restteil die 10 mm breite Rücknummer 12 Pf. — Rabatt nach vorhergeschriebenem Tarif. — Inhalt der Anzeigenannahme
täglich 9 Uhr vormittags. — In Anzeigenräumen aber wenn gerichtliche Rechtsverfahren notwendig sind, fällt über Rechtsangelegenheiten weg.
Druck, Verlag u. Verantw. Schriftleitung: Theodor Carl Wildbad i. Sch., Wildbadstr. 36, Tel. 479. Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 160

Februat 479

Montag den 13. Juli 1936

Februat 479

71. Jahrgang

Bereinbarung mit Oesterreich

Wiederherstellung der freundschaftlichen deutsch-öster-
reichischen Beziehungen

Berlin, 12. Juli. Reichsminister Dr. Goebbels verlas am
Samstag abend um 9 Uhr über alle deutschen Sender folgende
amtliche Erklärung:

Ich habe im Auftrage der Reichsregierung das folgende
Communiqué über eine Vereinbarung bekanntzu-
geben, die heute zwischen der deutschen Reichs-
regierung und der österreichischen Bundes-
regierung abgeschlossen wurde. Sie stellt einen wesent-
lichen praktischen Schritt auf dem Wege einer friedlichen Ent-
spannung und Entwirrung der europäischen
Lage dar.

Ich teile Ihnen nun den Wortlaut des amtlichen Com-
muniqués mit:

„In der Ueberzeugung, der europäischen Gesamtent-
wicklung zur Aufrechterhaltung des Friedens eine wertvolle
Förderung zuteil werden zu lassen, wie in dem Glauben,
damit am besten den vielgestaltigen wechselseitigen Inter-
essen der beiden deutschen Staaten zu dienen, haben die
Regierungen des deutschen Reiches und des Bundesstaates
Oesterreich beschlossen, ihre Beziehungen wieder
normal und freundschaftlich zu gestalten.

Aus diesem Anlaß wird erklärt:

1. Im Sinne der Feststellungen des Führers und Reichs-
kanzlers vom 21. Mai 1935 anerkennt die deutsche
Reichsregierung die volle Souveränität
des Bundesstaates Oesterreich.

2. Jede der beiden Regierungen betrachtet die in dem
anderen Lande bestehende innerpolitische Gestal-
tung, einschließlich der Frage des österreichischen National-
sozialismus, als eine innere Angelegenheit des
anderen Landes, auf die sie weder unmittelbar noch
mittelbar Einwirkung nehmen wird.

3. Die österreichische Bundesregierung wird ihre Politik
im allgemeinen, wie insbesondere gegenüber dem Deutschen
Reiche, stets auf jener grundsätzlichen Linie halten, die der
Tatsache, daß Oesterreich sich als deutscher
Staat bekennet, entspricht. Hierdurch werden die Rö-
merprotokolle ex 1934 und deren Zusätze ex 1936 sowie die
Stellung Oesterreichs zu Italien und Ungarn als den Part-
nern dieser Protokolle nicht berührt.

In der Erwägung, daß die von beiden Seiten gewünschte
Entspannung sich nur verwirklichen lassen wird, wenn dazu
gewisse Vorbedingungen seitens der Regierungen beider
Länder erstellt werden, wird die Reichsregierung sowohl
wie die österreichische Bundesregierung in einer Reihe von
Einzelmaßnahmen die hierzu notwendigen Voraussetzungen
schaffen.“

Eine Rundfunkrede Schulzniggs

Wien, 12. Juli. Im österreichischen Rundfunk wurde am Sam-
stag um 21 Uhr zunächst der amtliche Text der Vereinbarung mit
dem Deutschen Reich bekanntgegeben. Sodann sprach
Bundeskanzler Dr. Schulznigg.

„Ich weiß“, so führte er aus, „daß ich namens aller aufrechten
und einsichtigen Oesterreicher spreche, wenn ich der sicheren Hoff-
nung Ausdruck gebe, daß die Wiederkehr normaler freundschaft-
licher Beziehungen mit dem Deutschen Reich nicht nur in
beiden deutschen Staaten und somit dem gesamten deutschen Volke
zum Segen gereicht, sondern daß damit ein wertvoller Bei-
trag zur Sicherung des europäischen Friedens
geleistet wurde, dem zu dienen seit je nicht nur im wohlver-
standenen Interesse unseres eigenen Landes Ziel unserer Poli-
tik war.“

Er wolle, fuhr der Bundeskanzler fort, nur der aufrichtigen
Freude und Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß sich bilden und
drüben das Bewußtsein von Schicksalsverbundenheit
heit und gemeinsamem Weg allen Zwischenfällen der Geschichte
zum Trost sich stark genug erwiesen habe, um mit berechtigter
Aussicht auf Erfolg den Versuch zu unternehmen, wenn hier
und Barrieren wegzuräumen, die eben noch unüberwindlich schie-
nen. Dies könne sein und werde immer sein können, wenn hier
wie dort der Wille bestehe, das Recht und die Eigenart des an-
deren zu achten, wenn über alle Meinungsverschiedenheiten und
Gegenständlichkeiten hinweg das Wissen um ein großes Erbe liege,
weiter aber auch das Bekenntnis zum gleichen Kult-
urkreis und schließlich das Vertrauen, daß jeder ehrlich
bemüht sei, seinem Volke zu dienen. Dr. Schulznigg erinnerte
sodann daran, daß schon Dr. Dollfuß das Deutschland Oesterreichs
und seine Schicksalsgemeinschaft mit Deutschland betont habe.

„Auch in weiterer Folge wurde“, so erklärte der Bundeskanzler
weiter, „was immer auch geschehen mochte, an diesem einseitigen
Bekennnis nicht gerüttelt. Ich verweise auf den Leitsatz, den
ich selbst am 29. Mai 1935 vor dem österreichischen Bundestag
gesprochen habe: Oesterreich hat nie einen Zweifel darüber ge-
lassen, und wird es, solange wir leben, auch in aller Zukunft
nicht tun, daß es sich als deutscher Staat bekennet. Dem habe ich
auch heute nichts hinzuzufügen.“ Dr. Schulznigg kündigte dann
an, daß die Frage der politischen Amnestie nunmehr
ebenfalls in aktuelle Nähe gerückt sei, wie die neuerliche Aufforde-
rung an alle Oesterreicher, wo immer sie früher standen, ihre
Kräfte dem Aufbau des Vaterlandes im Rahmen der Vater-
ländischen Front zur Verfügung zu stellen und auch an verant-
wortlichen Stellen an der politischen Willensbildung in Oester-
reich teilzunehmen.

„Die Bedachtnahme auf die Erhaltung des Friedens war seit
jeher für die Linie unserer Politik bestimmend. Die zwischen-
staatlichen Beziehungen, die uns mit den beiden Nachbarländern
Italien und Ungarn verbinden, bleiben nach wie vor unverän-
derlich aufrecht. Wir freuen uns, daß mit dem Abschluß des Ueber-
einkommens einem Gedanken Rechnung getragen erscheint, für
dessen Verwirklichung seit je in den römischen Protokollen grund-
sätzlich Raum gelassen wurde. Wenn das Uebereinkommen, das
künftighin die Beziehungen zwischen Oesterreich und dem Deut-
schen Reich regelt, das hält, was wir uns von ihm versprochen,
dann wird es nicht nur dem großen Deutschen Reich und Oester-
reich, nicht nur dem gesamten deutschen Volk, sondern darüber
hinaus der friedlichen Fortentwicklung in Europa dienlich sein.
Unsere beiden Staaten aber mögen es durch Ueberbrückung der
Gegensätze, durch wirtschaftliche Verbindung und Ergänzung, so-
wie durch Wiederherstellung einer Fülle gemeinsamen kulturellen
Gedankengutes einander näherbringen und somit jenen Zustand
wieder schaffen, der zwischen Ländern gleicher Sprache und an-
gestrichs der Fülle historischer Beggemeinsamkeiten als wünschens-
wert und selbstverständlich erscheinen muß. Dies sei, so schloß Dr.
Schulznigg, der ehrliche und hoffnungsträuhende Wunsch des Oester-
reichers und zugleich der Gruß an alle Landsleute in der Heimat
wie auch an alle Deutschen jenseits der staatlichen Grenzen
Oesterreichs.“

Erweiterung der österreichischen Regierung

Wien, 12. Juli. Nach Abschluß der Rede von Bundeskanzler
Schulznigg wurde im österreichischen Rundfunk eine Erweiterung
der österreichischen Bundesregierung bekanntgegeben. Danach
wurden der Präsident des Kriegsarchivs, Staatsrat Glaise-
Horstkeu, zum Minister ohne Portfeuille, und
der Kabinettschef im Bundeskanzleramt, Guido Schmidt,
zum Staatssekretär ernannt. Staatssekretär Schmidt
wird dem Bundeskanzler für die Belange der auswärtigen Po-
litik beigegeben.

Neues Staatssehgeheh

Wien, 12. Juli. Das neue österreichische Staatssehgeheh wurde
am Samstag erlassen. Dazu wird in einem amtlichen Kom-
mentar u. a. ausgeführt, daß dieses Bundesgeheh zum Schutze
des Staates Lücken des geltenden Rechts ausfüllen
sollte, die sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders
fühlbar gemacht haben. Die neuen, dem Schutze des inneren
Friedens und dem Schutze der politischen und wirtschaftlichen
Beziehungen Oesterreichs zum Auslande dienenden Straf-
androhungen, die fast durchweg in den ausländischen Gesetzen, so
insbesondere dem deutschen Reichsstrafgesetzbuch, dem tschecho-
slowakischen Gesetz zum Schutze der Republik und dem Schweizer
Bundesgesetz über den Schutz der Sicherheit der Eidgenossen-
schaften Vorbilder haben, sind nur dann anwendbar, wenn die
Tat nicht schon nach geltendem Recht, so beispielsweise nach den
unverändert gebliebenen Vorschriften unseres Strafgesetzbuches
gegen den Hochverrat, frenger strafbar sind.

Dr. Frick zum Freundschafts-Vertrag auf dem Goutag Hessen-Rassau

Frankfurt a. M., 12. Juli. Der Goutag Hessen-Rassau erreichte
am Sonntag vormittag mit einer Großkundgebung in der Stadt
des deutschen Handwerks seinen Höhepunkt. Auf dem gewaltigen
Messgelände marschierten in den Morgenstunden die über
100 000 Teilnehmer des Goutages in geschlossenen Kolonnen
zum Kundgebungsplatz.

Unter dem Jubel der 100 000 überbrachte dann Reichsinnen-
minister Dr. Frick die besten Grüße und Wünsche des Führers.
Der Minister ging auf die Erfolge der nationalsozialistischen
Regierung seit ihrer Machtübernahme ein, die besonders sinn-
fällig hier im Gau durch die Reichsautobahn, den neuen Flug-
und Lustschiffhafen sowie die Gewinnung neuen Landes ins Auge
fiel. Als Reichsminister Frick darauf hinwies, daß wir heute
auch nicht mehr ehrs- und wehrlos seien, erhob sich brausender
Subel.

„Wir haben gestern bewiesen“, so führte der Minister weiter
aus, „daß wir absolut vom Friedenowillen erfüllt sind, und wir
haben einen Freundschaftsvertrag mit unseren Brüdern in

Oesterreich abgeschlossen. (Großer Beifall.) Es ist gerade das
Weisen des nationalsozialistischen Staates, daß man nicht Worte
und leere Phrasen wie in der Systemzeit macht, sondern daß wir
handeln und Taten sehen lassen. Wir sind zu jeder friedlichen
Mitarbeit in Europa und in der ganzen Welt bereit. Das haben
wir gestern wieder einmal bewiesen — aber nur unter der Bed-
ingung, daß die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes
anerkannt werden.

Telegrammwechsel zwischen dem Führer und dem österreichischen Bundeskanzler

Berlin, 12. Juli. Der österreichische Bundeskanzler Dr.
Schulznigg hat an den Führer folgendes Telegramm
gerichtet:

„Der Abschluß des Uebereinkommens, dessen Ziel es ist, die
freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden deutschen
Staaten wiederherzustellen, bietet mir willkommenen Gelegenheit,
Euer Erzellenz als den Führer und Kanzler des Deutschen Reichs
zu begrüßen und gleichzeitig der Ueberzeugung Ausdruck zu geben,
daß die Auswirkung des Uebereinkommens Oesterreich und dem
Deutschen Reich zum Nutzen und damit dem ganzen deutschen
Volke zum Segen gereichen werde. Ich glaube, mich mit Euer
Erzellenz darin einer Meinung zu wissen, daß wir darüber hin-
aus mit dem Uebereinkommen unserer Staaten zugleich dem
allgemeinen Frieden einen wertvollen Dienst erweisen.“

von Schulznigg.“

Der Führer und Reichskanzler hat mit folgendem
Telegramm geantwortet:

„Die Grüße, die mir Euer Erzellenz aus Anlaß des heute ab-
geschlossenen deutsch-österreichischen Uebereinkommens übermittelt
haben, erwidere ich aufrichtig. Ich verbinde damit den Wunsch,
daß durch diese Uebereinkunft die alten, durch Rassegemeinschaft
und Jahrhunderte lange gleiche Geschichte erwachsenen traditio-
nellen Beziehungen wiederhergestellt werden, um damit eine
weitere gemeinsame Arbeit anzubahnen zum Nutzen der beiden
deutschen Staaten und zur Festigung des Friedens in Europa.“

Adolf Hitler,
Deutscher Reichskanzler.“

Der erste Eindruck in Rom

Rom, 12. Juli. Die Nachricht von der Wiederherstellung der
freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und
Oesterreich ist in der italienischen Hauptstadt bekannt gewor-
den. Die Verfindigung ist, wie von zuständigen italienischer
Seite erklärt wird, in Rom mit Befriedigung aufge-
nommen worden, da sie geeignet sei, eine Entspannung in
Europa zu erleichtern.

Pariser Brief

Pressebestechung gehört zum französischen Regierungssystem“

Die reformfreundige Regierung Blum hat der französischen
Kammer ein Gesetz über die Venderung des Statuts der
Bank von Frankreich, ein anderes über die Rationalisierung
der Kriegsindustrie vorgelegt und schließlich eins, durch das
die geheimen Regierungsfonds zur Bestechung der Zeitun-
gen abgeschafft werden sollen.

Kurze Tagesübersicht

Zwischen der deutschen Regierung und der österreichischen
Bundesregierung ist eine Vereinbarung über die Wieder-
aufnahme normaler und freundschaftlicher Beziehungen ge-
troffen worden, die zur Befriedung Europas dienen soll.
Im Ausland betrachtet man diese Nachricht als größte
Ueberraschung und Sensation.

Zwischen dem Reichskanzler und dem österreichischen Bun-
deskanzler fand ein Telegrammwechsel statt.

Der Reichsjugendführer hat Richtlinien für die körper-
liche Erziehung im Deutschen Jugendvolk erlassen, über die
wir noch berichten. Sie bringen einen wirksamen Schutz vor
Ueberanstrengung.

In Bayreuth fand die Reichstagung des NS-Lehrerbun-
des und die Weihe des Hauses der deutschen Erziehung
statt. (Bericht folgt.)

In Heidelberg wurden am Sonntag die Reichsfestspiele
mit der Aufführung von Hebbels deutschem Teuerpiel
„Agnes Bernauer“ eröffnet.

Die Hühnerwelle in den Vereinigten Staaten hat über
700 Todesopfer gefordert.



Englands Lebensfrage — eine starke Flotte

Sir Samuel Hoare sprach in Southampton

London, 12. Juli. Der Erste Lord der Admiralität, Sir Samuel Hoare, kündigte am Samstag in einer in Southampton gehaltenen Rede an, daß Großbritannien eine ganz neue Flotte besitzen werde, die stark genug sei, überall und unter allen Umständen ihre Aufgabe zu erfüllen. Er versicherte, daß diese neue Flotte eine Sache auf Leben und Tod für Großbritannien sei und daß die Flotte unter Zuhilfenahme aller praktischen Erfahrungen und wissenschaftlichen Entdeckungen dem Gebote der Stunde entsprechend aufgebaut würde. Das müsse geschehen, da Großbritanniens Existenz von einer freien Durchfahrt durch die Meere der Welt abhängen und deshalb müsse die Flotte möglichst ohne jede Verzögerung aufgebaut werden.

Sir Samuel Hoare hob dann hervor, daß die neue und gefährliche Bedrohung aus der Luft die einst sicherste Insel der Welt zum verwundbarsten Staat in Europa gemacht habe. Bei allen berechtigten Wünschen für allen möglichen Fortschritt in der Luft und auf dem Lande müsse man sich an die grundlegende Tatsache erinnern, daß England und das britische Weltreich in seiner Existenz vom Weltmeere abhängen. Wenn einmal die britischen Seeverbindungswege abgebrochen seien, so würde die britische Industrie nur Rohstoffe für drei Monate zur Verfügung haben, aber dieser Bestand wäre mehr als notwendig, denn innerhalb sechs Wochen würde England ausgehungert sein.

Die Mittelmeerprobleme

Italien besteht auf Aufhebung der Abmachungen

Rom, 12. Juli. Die römische Presse beschäftigt sich ausführlich mit der Forderung nach Aufhebung der von England mit Griechenland, Süditalien und der Türkei abgeschlossenen Bestandsabmachungen. „Giornale d'Italia“ kennzeichnet die Haltung von Paris und London mit folgenden Wertschreibungen: „Paris besteht auf der Notwendigkeit der Abschaffung aller antitalienischen Maßnahmen, während England die Flottenabmachungen mit den kleineren Staaten im Mittelmeer verlängern möchte.“ In einer redaktionellen Note erklärt „Tribuna“, der letzte Schritt für eine vorbereitende Klärung, den Italien vor Eröffnung der Prüfung einer umfassenden planmäßigen friedlichen Zusammenarbeit erwarten könne, sei die Aufhebung der Abmachungen mit den kleineren Flottenmächten, die von Italien nichts zu fürchten hätten, ja im Gegenteil sogar den Wunsch nach Wiederherstellung der früheren Beziehungen hätten.

Griechenland betrachtet die Verpflichtungen als erloschen

Athen, 12. Juli. Die griechischen Abendblätter beschäftigen sich mit der weiteren Entwicklung des zwischen England und den Mittelmeerstaaten getroffenen Übereinkommens über eine etwaige Anwendung des Artikels 16 des Völkerbündnisses. Die Blätter schreiben, daß nach ihren Informationen diese Frage für Griechenland nicht mehr bestehe.

Fortdauernde Hitze in den Vereinigten Staaten

Über 500 Todesopfer

Newport, 12. Juli. Die ungewöhnliche Hitze dauert in den Vereinigten Staaten östlich der Rocky Mountains immer noch unvermindert an. Der Erdboden ist so ausgetrocknet und glühend heiß, daß vereinzelte Gewitterregen sofort verdampfen, ohne die Temperaturen im geringsten zu beeinflussen. Für eine Änderung der Wetterlage besteht nach wie vor keine Aussicht. In den nördlichen Teilen des Staates Newport tritt bereits harter Wassermangel ein. Die Dürre richtet jetzt auch in den Oststaaten an den Ernten täglich mehr Schaden an. Auch im Süden ist die Lage nicht besser. Das Mississippi tal meldet einen Ernteschaden von 40 bis 60 v. H. Die Behörden erklären, daß sich die gegenwärtige Dürre bereits katastrophaler auswirken werde als im Jahre 1934. Die Zahl der Todesopfer der Hitze ist inzwischen auf 500 gestiegen.

London, 12. Juli. Nach einer Meldung aus Ottawa sind in der Provinz Ontario in den letzten vier Tagen etwa 50 Menschen durch Hitzschlag umgekommen.

Im U-Boot setzte ein lebhaftes Arbeiten ein.

Sie hatten wieder Licht. Der Strom kam von der „Sidney“.

Die Arbeit wurde mit aller Energie betrieben.

Immerhin vergingen noch drei Tage, bis Wilcott von unten melden konnte, daß die Maschinen in Ordnung seien und wieder arbeiteten.

Er stand unten beim Tiefenmesser, das Dröhnen der Maschinen klang dumpf zu ihm. Jetzt hörte er die Pumpen arbeiten.

Ein Rud ging durch das Boot, mit einem Male stand es gerade, und jetzt ... sein Herz schlug schneller, als er auf den Tiefenmesser sah — jetzt stieg es nach oben!

37 Meter — 35 — 32 — 25 — 20 — 16 — immer näher kam es der Oberfläche 12 — 8 — 6 — 5 — 4 — 3 — 2 — 1 Meter.

Und jetzt tauchte das Boot auf der Meeresoberfläche auf.

Ein ohrenbetäubender Jubel setzte ein, die Besatzungen der Schiffe schrien begeistert auf.

In stolzer Freude stand die Besatzung der „Leonie van Leuwen“ an Bord. Es war ein unvergeßlicher Augenblick, als das Boot, das man dem Meere wieder abgerungen hatte, auftauchte.

Im Nu schossen die Torpedoboote heran.

Nach wenigen Minuten zischten die Schweißapparate auf, und das Boot wurde geöffnet, der Ausguss durch den Turm wieder frei gemacht.

Jetzt sah man erst, wie übel zugerichtet das U-Boot war. Der Turm war zusammengedrückt, und auch der obere Rumpf etwas verbeult.

Aber jetzt kletterte die Mannschaft heraus, zum Schluß Kapitän Wilcott, und alle winkten jubelnd herüber.

Wenige Augenblicke später fuhr Kapitän Wilcott mit Leutnant Tollen hinüber zur „Sidney“.

Der Admiral reichte Wilcott die Hand und drückte auch dem Sohne nur herzlich die Hand. Jetzt war er wieder von jener stillen Zurückhaltung, die alle an ihm kannten und schätzten. Es gab keine Rührungsgene vor anderer Augen.

(Fortsetzung folgt.)

wahrte System preisgeben will. Das sei gänzlich unmöglich. Ohne die Hilfe der Presse könne er nicht regieren, und wenn er sie nicht bestechen, dann würden das seine politischen Gegner tun und damit das Feld behaupten.

Vielleicht haben sie recht. Was die Revision des Statuts der Bank von Frankreich anbelangt, und ebenso gegenüber dem Gehehrentwurf über die Nationalisierung der Rüstungsindustrie, ist der oppositionelle Pressesturm schon losgegangen, und in der Volksfront beginnt es zu kriseln. Herr Blum ist ein alter Politiker, aber er sah vor dem noch in seiner Regierung. Vielleicht weiß er nicht, wie unumgänglich die überlieferten Methoden sind.

Wachsende Kritik in Paris

an der Außen- und Innenpolitik

Paris, 11. Juli. Der Optimismus, der in einem großen Teil der Pariser Presse im Zusammenhang mit der Aufkündigung des englisch-französischen Mittelmeerabkommens durch Frankreich zum Ausdruck gekommen war, hat jetzt einer sehr viel zurückhaltenderen Beurteilung Platz gemacht. Während einige Blätter, wie beispielsweise das „Journal“, nach wie vor der Ansicht sind, daß nunmehr der Weg für eine englisch-französisch-italienische Zusammenarbeit vorbereitet sei, befürchten andere, wie das „Echo de Paris“ und das „Devoir“, daß durch den französischen Schritt gerade das Gegenteil von dem erreicht werde, was bezweckt worden sei, nämlich eine Isolierung Frankreichs.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die französische Regierung das Mittelmeer-Abkommen in dem Gedanken gefündigt habe, auch die englische Regierung werde in aller nächster Zeit die entsprechenden Abkommen mit der Türkei, Jugoslawien und Griechenland aufgeben. Diese Hoffnung habe sich aber nicht erfüllt, sondern London wünsche im Gegenteil, diese Abkommen als den Kern des von ihm angestrebten Mittelmeer-Paktes beizubehalten. Es sei daher zu befürchten, daß England keine Stellung im Mittelmeer ausbaue, ohne daß die Zusammenarbeit mit Frankreich dabei den Platz einnehme, den man erhofft habe.

Die außenpolitische Mitarbeiterin des „Devoir“ wirft der französischen Regierung ebenfalls vor, etwas übereilt gehandelt zu haben, nur um gegenüber Italien eine freundschaftliche Geste zu machen. Die französische Regierung laufe jedoch Gefahr, sich nunmehr selbst aus einem späteren Mittelmeer-Pakt auszuschalten, während wahrscheinlich England und die Türkei die Pfeiler eines solchen Paktes sein würden.

Die Radikalsozialisten scheinen von den bisherigen Ergebnissen der Volksfront-Regierung immer weniger begeistert zu sein: Die beiden radikalsozialistischen Parteiorgane, die „Ere Nouvelle“ und die „Republique“, bringen dies am Samstag erneut zum Ausdruck.

Besonders scharf nimmt die „Ere Nouvelle“, das Blatt Herriots, gegen die sozialen Maßnahmen der Regierung Stellung. Die Regierung, so schreibt das Blatt, habe erklärt, mit der Wiederbelebung der Wirtschaft beginnen zu wollen, um sowohl die Lage des Haushaltes als auch die der Arbeiter zu bessern. Die ersten Maßnahmen, die sie ergriffen habe, brächten aber die Wirtschaft im Gegenteil in Gefahr und bedrohten sowohl die öffentlichen Finanzen als auch das Schicksal der Arbeiterklasse, der kleinen Arbeitgeber und Erzeuger und ebenso das der kleinen Kaufleute. Als unausheilbare Folge dieser Maßnahmen laufe das Werk des sozialen Fortschritts, das man wahrscheinlich unter dem Druck der Ereignisse begonnen habe, gerade dem Ziel zuwider, das man sich gestellt habe. Anstatt aufzubauen, habe man zerstört und jetzt heiße es wieder zusammenzuflicken. Die Frage sei nur, ob dies ebenso leicht sei.

Die „Republique“ weist auf die Tätigkeit des marxistischen Gewerkschaftsverbandes hin und die Beunruhigung, die darüber in Regierungskreisen bestehe. Es gebe heute nicht mehr die aus den Wählern hervorgegangene Volksfront, sondern in erster Linie die gewerkschaftliche Bewegung, der gegenüber die politische Bewegung der Linken zu verfallen scheine. Der Gewerkschaftsführer Léon Jouhaux, der gestern hat, könne heute fordern. Man werde eines Tages vor einer Gewerkschaftsbewegung stehen, die sich nicht darauf beschränken werde, Reformen zu fordern, sondern für sich die Ehre in Anspruch nimmt, die wirtschaftliche Struktur umzuformen.

Ihre Augen sehen ihn dabei voll an. Dem Manne ist zumute, als wenn eine Frage, ja eine Forderung in dem Blick läge. Das Blut steigt ihm zum Kopfe, und er ist froh, als jetzt der Amerikaner Mr. Gadsstone herantritt.

Leonie ist ärgerlich über die Störung und wendet sich weg, was aber Gadsstone scheinbar ganz gleichgültig läßt.

„Wie fühlen Sie sich, Mister Handewitt?“ fragt der Amerikaner sachlich.

„Danke, gut!“

„Ich habe mit dem Kapitän gesprochen. Er will nicht, daß wir vor Dänkirchen ankern.“

Immer lachte leicht hin. Er klopfte dem Amerikaner auf die Schulter.

„Geduld, Mister Gadsstone. Krüger ist schlechter Laune. Er hat heute drei schwere Groggs getrunken. Das tut er nur, wenn er merkt, daß er seinen Schnupfen kriegt. Und da ist er nicht zu genießen. Machen Sie sich keine Sorge. Ich bringe ihn und Riebethau schon so weit, daß wir vor Dänkirchen ankern und uns die Sache einmal ansehen. Wir kommen ja fast an der betreffenden Stelle vorbei.“

„Ja. Es ist nur ein Strich weiter südlich. Sie hoffen, es durchzusehen? Sicher können Sie es. Der Kapitän wird Ihnen jetzt noch keinen Wunsch abschlagen, nachdem Sie so Großes geleistet haben.“

„Reben Sie nicht auch so hohe Löhne, Mister Gadsstone. Das wird mit der Zeit langweilig. Ich habe getan, was ich konnte, es war meine Aufgabe. Erledigt.“

Am nächsten Morgen brauste ein schweres Wasserflugzeug heran und wasserte dicht neben der „Leonie“. Es brachte die Ersatzteile für die Maschinen des U-Bootes.

Immer begutachtete sie sachverständig, maß sie noch einmal aus. hm, das konnte glücken!

Gegen 1/11 Uhr stieg er zum erstenmal hinunter, gegen 4 Uhr das zweite und gegen 1/9 Uhr zum drittenmal, und dann war alles im U-Boot verschwunden. Eine Welle hatte Schwierigkeiten gemacht, aber schließlich war es doch geglückt, auch sie hineinzu bringen.

Unter den radikalsozialen Freunden Blums ist man von allen drei Gehehen wenig erbaut. Vor allem aber vertritt man die Ansicht, daß es reichlich läßt sei, diese drei Dinge gleichzeitig durchzuführen zu wollen. Wenn die Regierung darauf ausgehe, die „200 Familien“, die heute praktisch die Bank von Frankreich kontrollieren und die man als die geheimen Diktatoren der französischen Wirtschaft bezeichnet, aus ihrer Machtstellung zu verdrängen, um dafür der politischen Leitung des Landes einen maßgebenderen Einfluß zu verschaffen, und wenn sie gleichzeitig die Rüstungsgewaltigen, von denen man sagt, daß sie die heimlichen politischen Diktatoren seien, entthronen wolle, dann dürfe sie nicht zur selben Stunde sich des Mittels berauben, mit dem jede französische Regierung bisher die öffentliche Meinung „gemacht“ hat: der Bestechungsfonds.

Frankreich besitzt trotz der hohen gesellschaftlichen Stellung, die seine führenden Journalisten einnehmen, kaum eine wirklich unabhängige Presse. Die Zeitungen sind nicht das Sprachrohr freier Meinung und persönlich empfundener Verantwortlichkeitsgefühls derer, die sie schreiben oder herausgeben, sie stehen fast alle im Dienste bestimmter politischer oder wirtschaftlicher Interessentengruppen. Jedermann weiß zu sagen, welche geheimen Kapitalmächte die einzelnen Blätter unterhalten und damit natürlich ihr Gesicht, das nur scheinbar das des sprühenden, freischaffenden Literaten und Journalisten ist, prägen.

Wo nicht die Besitzverhältnisse diese Abhängigkeit bedingen und sicherstellen, geschieht es auf dem Wege der finanziellen Subventionierung. Subventionen zahlen die großen Kapitalmächte, die Industrie- und Eisenbahngesellschaften, die Eisenbahnzeitungen, allgemein oder in bestimmten Fragen, die Interessenpolitik dieser Gruppen. Was beispielsweise in den achtziger Jahren, als die Verstaatlichung der Eisenbahnen drohte, an Bestechungsgeldern an die französischen Zeitungen gegeben worden ist, wurde auf über zwei Millionen Goldfranken berechnet. Der Panamaskandal hat ähnliche Dinge enthüllt.

Noch bedenkllicher wohl ist, daß auch ausländische Regierungen sich die französischen Zeitungen dienstbar gemacht haben. Das zaristische Rußland hat im Interesse seiner Politik und der günstigen Unterbringung seiner Anleihen Millionen an die französische Presse gezahlt, nicht heimlich, sondern mit Wissen und Willen der französischen Minister. 1930 hat der spanische Diktator Primo de Rivera zugegeben, daß er den „Temps“ durch eine monatliche Subvention mit Erfolg für sich gewonnen habe. Dieses vornehmste Blatt Frankreichs vermag sich nicht davon zu reinigen, daß ein großer Teil seiner Auslandsdepeschen von den Regierungen der betreffenden Länder bezahlt wird. Im übrigen gehört er einer Gesellschaft, unter deren Mitglieder der Comité des Forges, also der Konzern der französischen Schwer- und Rüstungsindustrie, die ausschlaggebende Stimme hat. „L'Humanité“ soll, wie in Paris behauptet wird, und wie es durchaus glaubhaft ist, durch Unterstützungen der Sowjetregierung unterhalten werden.

Es wäre fast erstaunlich, wenn angesichts dieser wahren Brandung von Korruptionsswellen nicht auch die französische Regierung das Mittel der Pressebestechung angewendet. Solange es einen französischen Journalismus gibt, ist er mit diesem System untrennbar verbunden. Vier Ministerien, vor allem das Auswärtige Amt, verfügen über große Gelder, die in die Millionen gehen. Offiziell sind das „Geheim“-Fonds, jedermann weiß aber von ihrem Bestehen und von ihrer Verwendung. Sobald ein neues Kabinett gebildet wird, geht der Handel los. Man zeigt den Zeitungen und gewissen Journalisten, die man zu brauchen glaubt, Geld und fordert dafür eine gute Presse. Aber die Regierung unterstützt nicht nur ihre journalistischen Freunde, sondern unter Umständen auch ihre Gegner, damit sie ihre Opposition und ihre Kritik möglich machen. Robert de Souvenel hat einmal bissig bemerkt, Oppositionsblätter seien diejenigen, die mit der Regierung ein Teufelsmännchen haben.

Das System hat immer funktioniert. Nur ab und zu hat sich das Volk dagegen aufgewehrt, z. B. als der Stavisky-Skandal diese trüben Fluten aufwühlte. Aber das ist schon wieder eine ganze Weile her, und die politischen Routiniers unter den Radikalsozialen fragen sich, warum Herr Blum nun ausgerechnet jetzt, in einem Augenblick, in dem er die Opposition des Kapitals so stark herausfordert, das be-

WOLFGANG MARKEN Kämpfer im Meere

Ursheberrechtsschutz: Korrespondenzverlag Hans Müller, Leipzig C 1

20 Fortsetzung

„Arbeiten Sie gern in Ihrem Berufe?“

Immer dachte einen Augenblick nach. „Ja, wie soll ich das sagen. Mich hat einmal die Abenteuerlust in diesen ausgefallenen Beruf getrieben. Ich träumte von Schätzen, die zu bergen sind, und hatte eine ganz andere Vorstellung.“

„Kommt das nicht oft in Frage?“

„Es kommt in Frage, aber nicht so oft wie Sie denken. Hin und wieder kommt einmal so eine große Sache, wie leicht hin mit der „Marokko“. Meist sind es andere Arbeiten. Da ist an irgendeiner Stelle ein Schiff gesunken und liegt unglücklich, so daß es die Schiffsahrt hemmt. Dann müssen wir hinunter und sprengen das Schiff, damit die Schiffsahrt wieder frei wird. Mal müssen wir runter, um die Bagger, die versandete Stellen vertiefen, zu unterstützen. Es gibt allerdings keine Arbeit dabei. Die großen Fälle sind nicht so zahlreich.“

„Kennen Sie meinen Vater?“ fragte Leonie plötzlich.

„Ich habe nur von Oberst Stanley Whorlesley gehört. Warum tragen Sie nicht seinen Namen?“

„Mein Onkel van Leuwen hat mich unter der Bedingung als seine Erbin eingesetzt, daß ich den Namen meiner Mutter wieder trage.“

„Ah ... jetzt verstehe ich's. Sagen Sie, Leonie, war das nicht Ihr Vater, der damals die Expedition nach dem Südpol leitete?“

„Ja. Sie scheiterte kläglich. Aber das Steckepferd meines Vaters ist das gleiche geblieben. Leider! Und darum ist er mit Onkel etwas zerfallen. Aber ich hoffe, daß Sie meinen Vater kennenlernen werden. Onkel Boffe hat mir erlaubt, daß ich Sie und Ihre Kameraden nach Amsterdam einlade. Er will Ihnen ein paar Wochen Ferien geben. Ich freue mich heute schon darauf.“

Immer mehr Todesopfer der amerikanischen Hitzewelle

Keunort, 12. Juli. Am Sonntag abend wird gemeldet: Die Zahl der Todesopfer in den von der ungewöhnlichen Hitzewelle betroffenen amerikanischen Staaten wurde am Samstag abend mit über 700 angegeben. Allein die Stadt Keunort meldet 60 Tote. Die kanadische Provinz Ontario hat 140 Fälle von tödlichem Hitzschlag zu verzeichnen.

Italien geht nicht nach Brüssel

Rom, 12. Juli. Nach einer Meldung der Agenzia Stefani hat die italienische Regierung ihre Teilnahme an den in Brüssel bevorstehenden Locarno-Besprechungen mit dem Hinweis auf die im Mittelmeer bestehenden Flottenabmachungen abgelehnt.

In der amtlichen Mitteilung wird betont, daß die italienische Regierung bereit ist, einen konkreten Beitrag zur Gewährleistung des Friedens zu geben, daß sie jedoch das Bestehen einiger Mittelmeer-Besprechungen in Rechnung stellen müsse, die ihrer Teilnahme an dem Werk der internationalen Zusammenarbeit, auf das sie lebhaft hoffe, im Wege stünde. Die italienische Regierung habe außerdem die Ansicht ausgesprochen, daß es zweckmäßig sei, Deutschland ebenfalls zu dem vorbereitenden Abschnitt der bevorstehenden Locarno-Zusammenkunft einzuladen.

Italiens Abrechnung mit den Sanktionsstaaten

Keine Barzahlungen für Handelschulden

Mailand, 11. Juli. Die norditalienische Presse trägt gegenüber den englischen Nachrichten über die Zurückberufung eines Teiles der Mittelmeerflotte eine betonte Zurückhaltung zur Schau. Sie hebt hervor, daß Italien Politik auf weite Sicht treibe und mehr auf Tatsachen als auf Worte blide. „Gazzetta del Popolo“ stellt fest, daß bis zur Stunde von den zahlreichen Streitfragen im Zusammenhang mit dem abessinischen Problem nur zwei sich auf dem Wege der Lösung befinden: 1. die Abschaffung der Sanktionsmaßnahmen und 2. die Zurückberufung der englischen Flotte.

Dagegen seien ungelöst: 1. Die Frage der Mittelmeerabkommen, über die nur von Seiten Frankreichs eine klare Erklärung vorliegt, und 2. die Frage der Stellung Italiens zum Völkerbund, dem Abessinien noch immer angehöre und 3. die Frage der Anerkennung der vollzogenen Einverleibung Abessiniens durch Italien.

Ferner sei es nötig, sich mit der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Italien und den Sanktionsstaaten näher zu befassen. Italien könne nicht die Verantwortung dafür übernehmen, daß die Frage seiner Handelschulden noch nicht geregelt sei. Infolge der Sanktionen sei es nicht möglich gewesen, die Konten glattzustellen, so daß existierende Schulden und Guthaben bestehen. Italien, das durch den Völkerbund ungerechtfertigterweise verurteilt worden sei, müsse jetzt beim besten Willen zur Erfüllung seiner Verpflichtungen in erster Linie an die Verrückung seiner Währung denken. Es sei klar, daß Italien seine Schulden nur durch Warenlieferungen oder Dienstleistungen, nicht aber durch Barzahlungen abtragen könne. Eine weitere Störung seines Marktes müsse vermieden werden. Die Sanktionsstaaten müssen im allgemeinen Interesse Italiens helfen, seinen Warenverkehr wieder in Ordnung zu bringen, indem ein scharfer Trennungsschritt zwischen der Vergangenheit und der Zukunft gezogen werde. Andernfalls würde Italien gezwungen sein, die Politik der Wirtschaftsentartung auszuüben und die Dinge bei jenem Stande zu belassen, der während der Wirtschaftsbelagerung geherrscht hätte.

Rücktritt Madariagas

als spanischer Völkerbundsdelegierter

Madrid, 11. Juli. Der spanische Vertreter in Genf, Madariaga, hat am Freitag in Madrid seinen Rücktritt als Völkerbundsdelegierter erklärt. Der Rücktritt erfolgt, wie sich aus einer schriftlichen Erklärung Madariagas ergibt, im Zusammenhang mit einer vor der letzten Genfer Tagung veröffentlichten Note über angebliche Vorschläge des spanischen Delegierten zur Völkerbundsreform. Diese Meldung ist jedoch nur das Protokoll über eine Besprechung mehrerer neutraler Staaten gewesen, zu dessen Abfassung Madariaga damals beauftragt worden war. Im Zusammenhang mit diesem fälschlicherweise als Gedankengut des spanischen Delegierten ausgelegte Manifest wurden besonders in der spanischen Linkspresse scharfe Angriffe gegen Madariaga gerichtet. Der Außenminister Barcia rückte sofort nach Bekanntwerden der Note vor deren Inhalt ab und erklärte, daß die Regierung von dem Schritt Madariagas nichts gewußt habe. Die hierdurch hervorgerufene Bloßstellung des spanischen Völkerbundsdelegierten, die auch später durch eine berichtende Erklärung Barcias nicht vollständig beseitigt werden konnte, hat nun seinen Rücktritt zur Folge gehabt.

Die deutsche Getreidewirtschaft 1936-37

Berlin, 12. Juli. Ueber die Getreidewirtschaft 1936/37 sprach der Ministerialdirektor im Reichsernährungsministerium, Dr. Wörth, am 10. Juli 1936 vor Vertretern der Presse.

Er führte u. a. folgendes aus:

Nach der ersten Erntevorschätzung des Statistischen Reichsamts (Anfang Juli) haben wir mit einer Getreideernte von nahezu 24 Millionen Tonnen zu rechnen. Die Ernte wird also um rund 1 800 000 Tonnen höher geschätzt als die Ernte des vergangenen Jahres gewesen ist; sie liegt um 1,3 Millionen Tonnen höher als das Durchschnittsergebnis der letzten fünf Jahre, bleibt allerdings hinter der Rekorderte des Jahres 1933 um rund 1 Million Tonnen zurück. An den höheren Erträgen sind alle Getreidearten beteiligt; beim Roggetreide liegt die Schätzung um 1,2 Millionen Tonnen höher, beim Futtergetreide um über eine halbe Million Tonnen höher als der Ertrag der letzten Ernte.

Die Roggenerte wird auf rund 8,5 Millionen Tonnen, die Weizenernte auf 5 Millionen Tonnen geschätzt. Damit sind wir nicht nur beim Roggen, sondern auch beim Weizen unabhängig vom Ausland; obgleich der Weizenverbrauch für die menschliche Ernährung in der letzten Zeit wesentlich gestiegen ist, können wir mit den zu erwartenden 5 Millionen Tonnen unter Berücksichtigung des natürlichen Schwundes neben dem Zweckweizen auch alle anderen Bedürfnisse (Saatgut, technische Zwecke, Verzitterung) decken.

Danach zeichnet sich die Versorgungslage klar ab. Mit den Vorräten, die aus der Ernte 1935 stammen, finden wir unzweifelhaft den Anschlag an die neue Ernte, die vom Ernährungsministerium entworfen manchen Zweifeln, die mitunter laut geworden sind, immer betont worden ist. Dem Ablauf des neuen Getreidewirtschaftsjahres, das ist 1936/37, dürfen wir mit aller Ruhe entgegengehen. Diese Tatsache befreit jedoch nicht von der Verpflichtung, mit der kommenden Ernte hauszuhalten.

Zu hiernach die Brotversorgung bis zur neuen Ernte und im neuen Erntejahre völlig gesichert, so muß die Ordnung der Getreidewirtschaft wie bisher davon ausgehen, daß der Brotpreis entsprechend den Zielen der allgemeinen Wirtschaftspolitik der Reichsregierung unverändert bleibt, und daß die Erzeugerpreise nach wie vor gerecht und stabil gestaltet werden.

Da demnach die Getreidewirtschaft 1936/37 mit ganz ähnlichen Verhältnissen und Aufgaben zu rechnen hat, wie im abgelaufenen Jahr, konnte die bisherige Regelung weitgehend übernommen werden. Das Festpreissystem ist unverändert beibehalten worden. Die Getreidepreise steigen entsprechend dem Gesellsprinzip wieder von Osten nach Westen und zeitlich von Monat zu Monat bis zum Schluß des Erntejahres an. Die Festpreise bleiben bei den einzelnen Getreidearten dieselben wie im vergangenen Jahr. Eine Ausnahme machen lediglich die Roggen- und Weizenpreise im Erzgebirge und die Weizenpreise in Bayern. Hier ist zum Ausgleich der in diesen Gebieten bisher etwas zu niedrig festgesetzten Preise eine leichte Erhöhung vorgenommen worden. Die Kleinverkaufspreise, die der Verbraucher für Backwaren zu zahlen hat, werden jedoch dadurch nicht beeinflusst.

Entsprechend der Beibehaltung der bisherigen Getreidepreise ergeben sich auch bei den Marktpreisen im Laufe des Jahres keine nennenswerten Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Insbesondere wird der Roggenmarktpreis wieder während des ganzen Wirtschaftsjahres auf dem gleichen Stand gehalten, um dadurch die Stabilität der Brotpreise zu ermöglichen. Dies wird auch in Zukunft durch Gewährung von Ausgleichsbeträgen an die Roggenmühlen erreicht; die Mittel hierfür werden wie bisher durch eine Ausgleichsabgabe der Weizenmühlen aufgebracht.

Zur Sicherung einer gleichmäßigen Versorgung des Volkes mit Brot ist ferner die Ablieferungspflicht (bezog. das Ablieferungsrecht) der Landwirtschaft für Brotgetreide beibehalten worden. Das Gesamtlieferungsoll ist vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft festgelegt. Die Ausbringung erfolgt wie bisher durch den Reichsnährstand unter Beibehaltung des Kontingentmarkenprinzips. 30 v. H. des Ablieferungsolls geschieht bis 15. Oktober 1936 geliefert werden. Im Interesse einer gleichmäßigen Versorgung mit Brot ist weiterhin bestimmt worden, daß Roggenmehl von niedrigerer Ausmahlung als die vor zwei Jahren eingeführte Typen 987 nicht hergestellt werden darf. Der Sicherung der Versorgung mit Brotgetreide dient ferner die Vorschrift, daß die Mühlen verpflichtet werden, mindestens die doppelte Menge des ihnen monatlich zustehenden Mählkontingents an Brotgetreide auf Lager zu halten. Als weitere Maßnahme zur Sicherung der Brotversorgung ist zu erwählen, daß Roggen und Weizen, der nicht unter das Ablieferungsoll fällt, zunächst dem zuständigen Getreidewirtschaftsverband angeboten werden muß.

Bei Futtergetreide sind Maßnahmen getroffen worden, um die Preisgestaltung und den gesamten Verkehr mit Futtergetreide stärker als bisher in die Hand zu bekommen. U. a. gilt Hafer und Gerste in Zukunft nur dann als Industriegetreide, wenn es von Bezugsscheinen begleitet wird, die an das verarbeitende Gewerbe dem Bedarf entsprechend verteilt und von den verarbeitenden Werken an die Lieferfirmen zur Erfassung der Ware beim Erzeuger vergeben werden. Nach dem 28. Februar 1937 ist der Handel mit Braugerste, Industrieerster und Industriehafer unterlag. Um eine bevorzugte Versorgung der Wehrmacht mit Hafer zu erreichen, ist schließlich bestimmt worden, daß diese in den ersten Monaten des Wirtschaftsjahres besondere Zuschläge für Hafer zahlen kann.

Der Aufbau der zur Ordnung der Getreidewirtschaft geschaffenen Organe ist unverändert geblieben. Nur der Zusammenschluß der Roggen- und Weizenmühlen ist dem Führerprinzip entsprechend im Innern umgestaltet worden.

Beweis des guten Willens

WPD, Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat in einer Rede vor der Wirtschaftskammer für Westfalen und Lippe über die Neuorganisation der gewerblichen Wirtschaft gesprochen und dabei betont, daß sich „in der Organisation das Schicksal der Wirtschaft entscheidet wird“. Die Wirtschaft hat es selbst in der Hand, ob sie diese neu geschaffene Organisation zu einer Bürokratie erstarren lassen will, die notwendig zum Staatssozialismus führen müßte, oder ob sie sie mit eigenem Geist erfüllen will. Mit eigenem Geist, das heißt mit eigenen Menschen, mit Führerpersönlichkeiten. In den Führerpersönlichkeiten der Wirtschaft muß sich die Synthese von Gemeinnützigkeit und Eigennutz vollziehen, wenn die Wirtschaft das Schicksal des Staatssozialismus vermeiden will.

Diese Mahnung an das deutsche Unternehmertum aus dem Munde Dr. Schachts sollte den Männern der Wirtschaft den ganzen Ernst der Situation zur Genüge klarmachen. Die Wirtschaft wird bald, sehr bald den Beweis erbringen müssen, daß sie die Mahnung verstanden hat. Sie sollte sich daher keine Gelegenheit entgehen lassen, ihren guten Willen zu beweisen. An solchen Gelegenheiten fehlt es keinen Augenblick.

Da ist einmal die Exportfrage. Wohl mag es unangenehmer sein, das Exportgeschäft, das Anstrengungen verlangt, Schwierigkeiten macht und noch dazu wenig oder gar keinen Gewinn abwirft, zu pflegen, wenn die Entwicklung des Binnenmarktes leichtere und mühselohere Erträge verspricht. Aber der Export ist nun einmal heute fast die einzige Devisenquelle Deutschlands. Folglich ist es für jeden Unternehmer, der im nationalsozialistischen Staat und seiner Wirtschaft existenzberechtigt sein will, Pflicht, zu exportieren.

Da sind ferner die sozialen Fragen. Wer hier nicht voll und ganz keine Pflicht und Schuldigkeit tut, verstößt nicht nur auf irgendeinem nebenhelflichen Gebiet gegen seine Pflichten, sondern er verstößt gegen die erste Wirtschaftspflicht des nationalsozialistischen Unternehmers, denn er zerstört den Gedanken der Gemeinschaft und damit das Fundament der nationalsozialistischen Wirtschaft. Vorbildliche soziale Haltung zu zeigen, dazu gibt es wahrlich jeden Tag Gelegenheit.

Eine besondere Gelegenheit bietet schließlich die neue Reichsanleihe. Dr. Schacht hat auch hier seinen Zweifel darüber gelassen, was er von der Wirtschaft erwartet, wenn er das Unternehmertum daran erinnert, daß es neben dem Weg der Finanzierung der Reichsaufgaben durch Anleihen ja auch den zweiten Weg der Finanzierung durch

Steuern gibt. Hier hat das deutsche Unternehmertum die beste Gelegenheit, seinen guten Willen zu beweisen und zu zeigen, daß es die Forderungen der Zeit versteht, zumal ihm dabei wahrlich kein Opfer zugemutet wird. Die Zahlen über die Lage der Wirtschaft sprechen deutlich genug dafür, daß es an Mitteln wahrlich nicht fehlt. 346 Gesellschaften mit rund 2,5 Milliarden RM. Kapital haben nach den letzten Untersuchungen des Statistischen Reichsamtes ihre Jahresgewinne um fast ein Drittel, die Dividendensumme sogar um mehr als die Hälfte (von 52 auf 81 Mill. RM.) steigern können. Die Summe der Schuldner bei allen deutschen Kreditinstituten, die 7,19 Milliarden RM. betrug Ende Mai ds. Js. 7,19 Milliarden RM. gegen 7,29 Milliarden RM. im Vorjahr, während die Gläubiger um 200 Mill. RM. gestiegen sind. Die Wirtschaft hat durch die vom Staat veranlaßte und in Gang gebrachte allgemeine Belebung Gewinne erzielt, die überall nach Anlage drängen.

„Hindenburg“ auf der 5. Nordamerikafahrt

Frankfurt a. M., 11. Juli. Das Luftschiff „Hindenburg“ trat am Freitag um 20.55 Uhr von dem Flug- und Luftschiffhafen Rhein-Main aus mit 50 Fahrgästen seine 5. Nordamerikafahrt an. Zum erstenmal in der Geschichte der Luftschiffahrt hat das Luftschiff eine Reisegruppe an Bord, und zwar 20 führende Vertreter des deutschen Automobilhandels, die zum Studium aller die Automobilwirtschaft und den Automobilhandel betreffenden Fragen nach den Vereinigten Staaten reisen. Unter der Ladung an Bord befindet sich u. a. eine wertvolle Sendung tropischer Tierische, die von dem Aquarium Hamburg durch Vermittlung des Tiergartens in Frankfurt a. M. die Reise über den Ozean antreten und die für das Neuperter Aquarium bestimmt sind.

„Die Zeitung in die Schule“

Bayreuth, 12. Juli. Auf der Tagung der Pressereferenten und Schriftleiter des NSRB in Bayreuth stellte Reichsamtseleiter Sündermann das Thema „Zeitung und Schule“ in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Er erklärte, daß es weniger ein Problem „Zeitung und Schule“ gebe, als eine Aufgabe, nämlich die Zeitung in die Schule hineinzutragen. Der Lehrer, der es als seine Aufgabe ansehe, den jungen Menschen wirklich geistig reif zu machen, könne nicht darauf verzichten, in seinem Unterricht den dauernden Anschluß an das pulsierende Leben der Zeit herzustellen, er könne nicht darauf verzichten, schon frühzeitig seine Schüler zu Zeitungsläsern zu erziehen. „Sünden der Vergangenheit“, so erklärte der Reichsamtseleiter, sind hier gutzumachen. Die Zeiten sind vorbei, in denen der Begriff Zeitung sich mit den Begriffen des Kleinlichen, Habers und oft auch niedriger moralischer Gesinnung verband, die jeder besorgte Erzieher ängstlich von der Jugend fernzuhalten sich bestreben mußte. Nach der Reinigung des deutschen Pressewesens sind diese Sorgen überwunden. Wir können sogar mit Stolz sagen, daß wir bereits genügend deutsche Volkszeitungen besitzen, deren Sprache klar und einfach genug ist, um auch dem jungen Menschen verständlich zu werden und ihm ganz neue politische Bildungsmöglichkeiten zu eröffnen. Diejenigen Lehrer, die es unter dem Unterricht bewußt das Kolorit des Tagesereignisses hineinzutragen, werden nicht nur ihren Schülern neue Wege geistiger Lebendigkeit eröffnen, sie werden auch schon in der Schule jene große Erziehung zum politischen Denken vorbereiten, die das Werk und die Aufgabe jeder Partei am deutschen Menschen ist.

Reichsamtseleiter Sündermann forderte die Pressereferenten und Schriftleiter auf, die Parole, „die Zeitung in die Schule“, mit Energie aufzunehmen und sie in die Lehrerschaft hineinzutragen.

Deutschland Sieger in der Europa-Zone

von Cramm-Hensel sichern durch Gewinn des Doppelpieles den deutschen Sieg

Die Entscheidung über den Ausgang des Davis-Pokal-Kampfes zwischen Deutschland und Jugoslawien um den Sieg in der Europa-Zone fiel bereits am Samstag im gemischten Doppel. Gottfried von Cramm-Hensel gewann nach hartem Fünfsatzkampf mit 8:6, 4:6, 6:3, 4:6, 6:3 gegen die Jugoslawen Kukuljevic-Ritic, und damit war mit 3:0 Punkten Deutschlands Sieg gesichert.

Ein schwerer Gewitterregen setzte den Plänen des Akademischen Tennisklubs in Agram so sehr zu, daß am Sonntag nicht mehr weitergespielt werden konnte. Werner Menzel und Raj Lond aber sollten bereits am Montag in London sein, um sich dort mit anderen Meisterspielern Gottfried von Cramm und Hensel auf den Interzonenkampf gegen Australien vorzubereiten.

Am Sonntag nachmittag hatte Werner Menzel gegen die jugoslawischen Nachwuchsspieler Ritic bereits die beiden ersten Sätze des vorletzten Einzel gewonnen. Er war in ganz großer Form und innerhalb 25 Minuten erreichte er das 6:4, 6:3, als ein schwerer Regen niederregnete, der das Ende des Spieles und zugleich den Schluß des Ländertreffens bedeutete. Durch den Vorzug der Deutschen, die die beiden letzten Punkte gelang es letztlich Jugoslawien, den Endstand auf 3:2 zu bringen.

Deutsche Wasserball-Niederlage

Ungarns glücklicher 3:2-(2:2)-Sieg

Zur Vorbereitung auf die Olympischen Spiele fanden sich am Samstag im Budapester Kaiserbad zwei starke Wasserballmannschaften von Deutschland und Ungarn, in deren Reihen mehrere Nationalspieler standen, im ersten Übungsspiel gegenüber. In einem technisch hochstehenden, vollkommenen offenen Kampf siegten die Magyaren glücklicherweise, aber nicht unbedingt mit 3:2 (2:2) Toren. Deutschland spielte mit Stojie, Gunt-Baier, Krug, Hauer-Schneider-Schulze. Von Beginn an waren die Ungarn leicht im Vorteil.

Zuteilung der Weinorte an die Patengemeinden

Wie im vergangenen Jahr, so wird auch in diesem Jahr wieder ein „Fest der deutschen Traube und des Weines“ vom 19. bis 27. September durchgeführt. Dies hat sich nicht allein deshalb als erforderlich erwiesen, weil von der Rekorderte des Weinjahres 1935 noch ein erheblicher Teil in den Kellern der Weingärtner und Weinbauernvereinigungen liegt, sondern auch deshalb, weil bis jetzt alle Vorzeichen darauf hindeuten, daß auch in diesem Weinjahr wieder eine Rekorderte zu erwarten ist, für die Platz geschaffen werden muß. Genau wie im Jahre 1935 soll die Gemeinschaftswerbung auch dieses Mal in großem Rahmen und unter Beteiligung weitester Volksteile stattfinden. Infolge der besonderen Lage im Weinbaugebiet Württemberg ist die Regelung getroffen worden, daß das Gebiet der Landesbauernschaft Württemberg der Dauer der Weinwerbeweche 1936 gewissermaßen ein geschlossenes Gebiet darstellt. So werden z. B. von württembergischen Städten und größeren Gemeinden grundsätzlich nur Patenschaften für württembergische Weinbauorte übernommen.

Winkelried greift in die Speere

Vor 550 Jahren befreite die Schlacht von Sempach die Schweiz

Am 9. Juli führt sich zum 550. Mal der Tag der Schlacht von Sempach, die das Ende der österreichischen Herrschaft dank dem Opfertod von Winkelried herbeiführte.

Die Schlacht von Sempach hat in der Geschichte der Schweiz die gleiche Bedeutung, die in unserer Geschichte die Schlacht von Leipzig 1813 einnimmt. Beide kennzeichnen die Befreiung des Vaterlandes von der Fremdherrschaft.

Die Österreicher zählten etwa 4000 Mann mit zahlreichen Rittern unter dem Befehl des Herzogs Leopold III. von Österreich. Die Zahl der Eidgenossen, die ihnen entgegen traten, steht ziffernmäßig nicht genau fest, wahrscheinlich sind es 1300 bis 1500 freie Bauern gewesen. Die Schlacht bei Sempach, einer kleinen Stadt im Kanton Luzern, gestaltete sich zunächst für die Herzoglichen nicht ungünstig, zumal die Bauern mit ihrer einfachen Bewaffnung gegen die schwer gepanzerten Ritter nichts auszurichten vermochten. Den entscheidenden Umschwung brachte dann der Ueberlieferung nach Arnold Winkelried aus dem Kanton Unterwalden. Mit dem Rufe: „Eidgenossen, ich will Euch eine Gasse machen, sorgt für mein Weib und meine Kinder!“ umfaßte er mit seinen Armen so viele der gesenkten Ritterlanzen, als er greifen konnte, stieß sie sich in die Brust und schuf mit seinem Fall eine Lücke, in die seine Landsleute drangen. Der Ansturm ihres Angriffs war so stark, daß Herzog Leopold und 700 Ritter fielen. Der Rest entfloh.

Der Eindruck des Sieges war außerordentlich stark, denn zum erstenmal war ein Ritter- und Reiterheer von einem nur aus Fußtruppen bestehenden Bauernheer geschlagen. Die österreichische Darstellung suchte die Niederlage mit dem Ungestüm junger Ritter und der sommerlichen Hitze in Zusammenhang zu bringen. Die Schweizer Chronisten führten den Sieg auf die Heldentat und den Opfertod Winkelrieds zurück.

Eine Zeit lang ist die Winkelried-Tat als Legende angesehen worden, hauptsächlich aus dem Grunde, weil die ältesten Schweizer Chroniken darüber nichts berichten. Erst im 15. Jahrhundert taucht Winkelrieds Name als der des Helden vom Sempach auf. Da aber ein Erni Winkelried für das 13. Jahrhundert nachweisbar ist und auch sein Name an der Spitze der Gefallenen in den Unterwaldnerischen Jahrbüchern steht, erblickt die Wissenschaft heute in ihm eine geschichtliche Persönlichkeit. In Stans wurde ihm 1866 ein prächtiges Denkmal errichtet. Eine beim 500. Jubiläum der Schlacht errichtete Stiftung zur Unterstützung der Witwen und Waisen gefallener Schweizer Wehrmänner erhielt den Namen „Winkelried-Stiftung“. Winkelrieds Name und Tat sind so bekannt geworden, daß man auch heute noch von einem Winkelried-Opfer spricht, wenn jemand freiwillig für seine Volksgenossen im Kampfe das Leben dahinaibt.

Württemberg

Bauernheerung in Ingelfingen

Ingelfingen, O.A. Rünzelsau, 11. Juli. Am Samstag morgen fand in dem festlich geschmückten Städtchen Ingelfingen am Kocher die 2. Ehrung altindegessener Bauerngeschlechter statt, zu der u. a. Reichsstatthalter Murr, stellv. Gauleiter Schmidt, Innenminister Schmid, der Stabsamtsführer des Reichsbauernführers, Dr. Reihle, und Landesbauernführer Arnold erschienen waren.

Auf der in buntem Farbenschmuck prangenden Festwiese bei der Festhalle sprachen zuerst Hauptabteilungsleiter 1 Brangel, Kreisbauernführer Ritals-Gerabronn und Bürgermeister Gaebele-Ingelfingen. Als der Reichsstatthalter eingetroffen war, formierte sich der Zug zur Festwiese, wo die zu ehrenden Bauern versammelt waren. Zu beiden Seiten des Podiums hatten sich bunte schwäbische Trachtengruppen aufgestellt. Nach einem Marsch des Musikzuges der SS-Bereitungsgruppe Ellwangen ergriff, nach einer Vorführung lebender Bilder aus der Geschichte des deutschen Bauerntums, als erster Redner Landesbauernführer Arnold das Wort und führte nach der Begrüßung der Ehrengäste u. a. aus, daß am heutigen Tage 328 alte eingeseffene Bauerngeschlechter, die schon seit 200 Jahren auf gleicher Scholle sitzen, geehrt würden. Der Landesbauernführer ging dann in kurzen Zügen auf die dorrenvolle Geschichte des deutschen Bauerntums ein, das durch Adolf Hitler wieder seine Ehre und Freiheit zurückerhalten habe.

Dann sprach Reichsstatthalter Murr und beklundwünschte die Bauernfamilien zu der Ehre, die ihnen widerfähre. Der Nationalsozialismus führe einen scharfen Kampf gegen den Geist, der verjuche, aus dem Boden eine Ware zu machen. Der



Wenn
der braune
Los-
verkauf
vor die
Hintritt..

Danken Sie daran,
daß er Ihr Arbeits-
kamerad ist, der seine
ganze Kraft dafür einsetzt,
für einen unbekanntem
Arbeitslosen einen Platz an
der Werkbank zu erobern.

Reichslosterie für Arbeitsbeschaffung

nationalsozialistische Staat betrachte den Boden als ein Heiligtum und werde immer der oberste Schutzherr des Bauerntums bleiben. Dieser Tag solle die Verpflichtung wahren und stärken, den Kampf der bäuerlichen Ahnen weiterzuführen. Solange die Hafenkriegsflagge über Deutschland wehe, werde der deutsche Bauer geehrt werden. Zum Schluß überbrachte Stabsamtsführer Dr. Reihle noch die Grüße des Reichsbauernführers und wies darauf hin, daß bei der diesjährigen Ehrung u. a. Bauerngeschlechter geehrt würden, die ihren Nachweis bis zum 15. Jahrhundert zurückbrachten.

Dann nahmen der Reichsstatthalter und der Stabsamtsführer die feierliche Verleihung der Ehrensilber mit Handschlag vor.

Zur Bluttat in Herbolzheim

Herbolzheim, 11. Juli. Zu der schweren Bluttat, die sich am Donnerstagabend in Herbolzheim ereignete und der drei unschuldige Kinder (das jüngste Kind ist entgegen der ersten Meldung erst ein halbes Jahr alt gewesen) zum Opfer fielen, erforschen wir noch, daß Frau Wölfl, nachdem sie sich die Verletzungen am Hals beigebracht hatte, mit einem Beil sich die Pulsader durchschlugen wollte. Nach kurzer Bewußtlosigkeit rief die schwerverletzte Frau dann um Hilfe, worauf die Nachbarn in die Wohnung eindrangen. Der Grund zur Tat ist in der Verhaftung des Ehemanns Wölfl wegen Falschmünzerei zu suchen. Schon seit einiger Zeit wurden in der Umgebung von Herbolzheim falsche Fünfmärkchen ausgegeben. Wölfl und der ebenfalls verhaftete Komplize Hager aus Herbolzheim brachten die ziemlich plumpen Falschstücke auf die Weise in den Verkehr, daß sie Kinder in Kaufläden schickten, um dort eine Kleinigkeit zu kaufen. Auf diese Weise wurde das Geldstück gewechselt. Als Wölfl am Donnerstag vormittag in einem Gasthaus in Rönningen ein falsches Fünfmärkchen zu wechseln versuchte, wurde die Gendarmerie Rönningen benachrichtigt. Der Täter, der zunächst geflohen war, wurde dann in Rönningen verhaftet. Sein Komplize Hager wurde, als er von seiner Arbeitsstätte zurückkehrte, am Bahnhof in Herbolzheim festgenommen. Die Ehefrau Wölfl und Hager, die von dem Verbrechen ihrer Männer Kenntnis hatten, wurden am Abend ebenfalls verhaftet. Nachdem sie ein Geständnis abgelegt hatten, wurden sie wieder entlassen. Diese Angelegenheit scheint Frau Wölfl derart nahegegangen zu sein, daß sie den schrecklichen Plan sah, mit ihren drei Kindern aus dem Leben zu scheiden.

Winterlingen, O.A. Balingen, 11. Juli. (Motorradunfall.) Auf der Winterlinger Steige nach Straßberg ereignete sich ein schwerer Unfall. Der 24 Jahre alte Ludwig Maag von hier wurde mit seinem Motorrad von einem Lastwagen gestreift und mußte in schwerverletztem Zustand in das Ebinger Krankenhaus übergeführt werden.

Aulendorf, 11. Juli. (Brand.) Am Donnerstag brach in dem großen Viehhausgebäude der Herzogl. Domäne Unterrauhen Feuer aus, dem das stattliche Gebäude zum Opfer fiel. Das Feuer ist auf Selbstentzündung des Heues zurück-

zuführen. Es gelang, das Vieh aus den Stallungen zu retten. Das daneben stehende Bohnhaus wurde zum Teil geräumt, konnte aber gerettet werden. Das Viehhaus brannte bis auf den Grund nieder, da Wassermangel herrschte.

Mertissen, 11. Juli. (Autounfall.) Die gefährliche Strakenkreuzung beim Gasthaus zum „Stütz“ wurde wiederum zwei Kraftfahrzeugen zum Verhängnis. Ein von der Kirche kommender, mit drei Personen besetzter Münchener Personenkraftwagen wollte in die Memmingerstraße einbiegen, während zu gleicher Zeit ein Lastwagen der Firma Schneider u. Söhne, Eitingen, von dort herkam. Der Lastwagen fuhr dem Personenkraftwagen in die linke Flanke, die vollständig eingedrückt wurde, und schleift ihn bis zum Braungerichten Geschäftshaus. Der Fahrzeuglenker, Albert Hörmann aus München, wurde schwer verletzt, auch sein Bruder und der zweite Insasse erlitten schwere Verletzungen, sodass alle drei ins Krankenhaus Mertissen eingeliefert wurden.

Bad Cannstatt, 12. Juli. (Kindstötung.) Am Freitag wurde am Rechen beim Rosensteinkraftwerk in Bad Cannstatt die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts aus dem Redar gelandet. Die Leiche war in ein Frottierhandtuch sowie in einen Seidentrikotschläpfer und eine Frauenschürze eingewickelt, in einen weißen Wappkarton verpackt. Starke Brandwunden am Gesicht, Rücken und Kopf der Leiche lassen erkennen, daß diese verbrannt werden sollte, zumal auch das Frottierhandtuch, in das die Leiche eingewickelt war, zur Hälfte verbrannt ist. Die Kindsmutter ist noch nicht ermittelt.

Geislingen, 12. Juli. (Sprengungslud.) Beim Bohren von Sprenglöchern im Vortrieb des Hauptstollens der Grube Karl bei Altenstadt wurde am Samstag der Rest einer Sprengladung in einem alten Bohrlöcher der vorhergehenden Schicht, der nicht zur Explosion gelangt war, verbleiblich angebohrt und dadurch zur Detonation gebracht. Die Kameradschaft, bestehend aus vier Mann, wurde von den abgesprungenen Erzstücken getroffen. Der Hauer Pflüchta, wohnhaft in Unterböhlingen, kam zu Tode. Der Hauer Wiedmann wurde schwer, die Hauer Zahner und Didas leicht verletzt.

Salach O.A. Göppingen, 12. Juli. (Ueberfahren.) Der 25 Jahre alte Hermann Knödler von hier wurde in der Nacht zum Samstag zwischen Göppingen und Eisingen auf der Straße liegend aufgefunden. Er muß von einem Kraftfahrzeug angefahren worden sein. Kurz nach seiner Einlieferung ins Kreiskrankenhaus ist er seinen Verletzungen erlegen.

Kißlegg, 12. Juli. (Brand.) Am Freitag früh erhoben sich plötzlich über dem Anwesen des Bauern Anton Frid in Schorren bei Kießlegg dicke Rauchwolken. In kürzester Zeit stand das ganze Anwesen hell in Flammen. Das Wohn- und Scheuergebäude des 63 Morgen großen Anwesens wurde vollständig ein Raub der Flammen. Der Viehbestand und der größte Teil des häuslichen Mobiliars konnte noch gerettet werden. Die landwirtschaftlichen Maschinen, Geräte und Wagen sind jedoch größtenteils mitverbrannt. Ohne Zweifel ist der Brand durch Selbstentzündung des frischen Heus entstanden.

Rehardsweiler O.A. Saugau, 12. Juli. (Bombedeutschen Strom getötet.) Von einem schweren Unglück wurde der Bauer Hermann Weg von hier betroffen. Bei einem plötzlich einsetzenden wolkenbruchartigen Regen mit starkem Wind war sein Vater, Kaver Weg, mit einem mit zwei Pferden bespannten Schwadenreden auf dem Heimweg. Kurz vor der Einfahrt in den Hof berührten beide Pferde einen abgerissenen Draht der Starkstromleitung und wurden auf der Stelle getötet.

Verantwortlich und Herausgeber: Reichsstatthalter und Regierungsrat Wilhelm Engelhardt, Reichsstatthalter, Wildbad im Schwarzwald (Jah. 23. 000) Tel. 6. 10. 733. Zur Zeit in Wetzlar Nr. 4. 4. 1936.

Auf Herbst wird ein in gutem Zustand befindliches

Haus

mit fließend Wasser, Zentralheizung, wenn möglich mit Garten, nicht soweit von den Bädern, für eine Diät Pension auf längere Zeit

zu pachten gesucht.

Angebote mit Preisangabe unter Nr. 160 an die Tagblattgeschäftsstelle bitte abzugeben.

Staatliches Bad Wildbad

WOCHENPLAN VOM 13. JULI BIS 19. JULI 1936

Woche vom 13. bis 19. 7.	Kurkonzerte in der neuen Trinkhalle		Veranstaltungen im Kursaal		Landeskurtheater	Ausflugsfahrten der Reichspost (Kartenverkauf im König-Karlsbad)
	Vormittags	Nachmittags	Nachmittags	Abends 8.30 Uhr	Abends 8.15 Uhr	
Montag . . 13.	11—12	4—6 Schallplatten- und Rundfunkübertrg.	—	Froher Abend Charlotte Christann (Berlin) (Tisch- und Stuhlleihen)	Towärisch Komödie	Nachm.: 1. Kaltenbronn 2. Herrenalb 3. Baden-Baden 4. Allerheiligen
Dienstag . 14.	11—12	4—6 Adolf-Hitler-Platz in der Trinkhalle Rundfunkübertrg.	4—6 Tanztee	Kleiner Musikabend	Frau ohne Kuß Operette	Tagesfahrt: 1. Feldberg 2. Baden-Baden Nachm.: 1. Freudenstadt
Mittwoch . 15.	11—12	4—6	—	Tanzabend von 9 Uhr an	Die lustige Witwe Operette	Tagesfahrt: 1. Straßburg 2. Allerheiligen 3. Heidelberg-Speyer Nachm.: 1. Teinach-Liebenzell 2. Murgtal
Donnerstag 16.	11—12	4—6	4—6 Tanztee	Tonfilm: „Heißes Blut“ als Vorfilm: „Stuttgart“	Wenn der Hahn kräht Schwank	Tagesfahrt: 1. Mummelsee-B.-Baden 2. Triberg 3. Liebenzell-Hahnenkamm Nachm.: 1. Herrenalb 2. Baden-Baden
Freitag . . 17.	11—12	4—5 Adolf-Hitler-Platz in der Trinkhalle Rundfunkübertrg.	3—4.30 Tonfilm „Heißes Blut“ 4—6 Tanztee	5. Sinfoniekonzert Solistin: Gertraud Dirrigl (Klavier)	Kinder auf Zeit Lustspiel	Tagesfahrt: 1. Feldberg 2. Baden-Baden Nachm.: 1. Teinach-Liebenzell
Samstag . 18.	11—12	4—6	4—6 Tanztee	Großer Bunter Tanzabend von 9 Uhr an	Der Hunderter im Westentascherl Schwank	Tagesfahrt: 1. Bodensee 2. Stuttgart Nachm.: 1. Freudenstadt 2. Kaltenbronn
Sonntag . 19.	11—12	4—6 Blaskonzert der Stadtkapelle Wildbad	4—6 Tanztee	8 Uhr in der Neuen Trinkhalle: Oratorium „Die heilige Elisabeth“ aufgeführt vom MGV. Liederkränz-Freundschaft Neuenbürg und dem staatl. Kurorchester	Bunter Abend	Nachm.: 1. Teinach-Liebenzell 2. Mummelsee 3. Maulbronn

Voranzeige für Montag, den 20. Juli: „Heiterer Abend“ — Die 6 vom Kölner Opernballett.

Kurtheater Wildbad

Leitung: Intendant Richard Krauss

Montag, 13. Juli

Towärisch

Komödie in 4 Akten

Dienstag, 14. Juli

Frau ohne Kuss

Musikalisches Lustspiel

Mittwoch, 15. Juli

Die lustige Witwe

Operette in 3 Akten

Donnerstag, 16. Juli

Wenn der Hahn kräht

Schwank in 3 Akten

Freitag, 17. Juli

Kinder auf Zeit

Lustspiel in 3 Akten

Samstag, 18. Juli

Der Hunderter im Westentascherl

Schwank in 3 Akten

Sonntag, 19. Juli

Bunter Abend

135 Minuten Kabarett

Beginn jeweils 8.15 Uhr

Vorverkauf Buchhandl. Vlernow

Familiendrucksachen

jeder Art liefert in kürzester Frist

Wildbader Tagblatt.

